



Revolutionär

Gespräch mit Aleida Guevara March. Über die Geradlinigkeit ihres Vaters Ernesto »Che« Guevara, die Vermarktung seines Porträts und die Beziehung Kubas zu den USA. Außerdem: Die Errichtung eines AfD-Staats kommt gut voran. Schwarzer Kanal von Arnold Schölzel

■ ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 7./8. OKTOBER 2017 · NR. 233 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Wort halten

Nach Hurrikan »Irma« versprach Kubas Regierung, niemanden im Stich zu lassen. Das wurde erfüllt

Ballast abwerfen

Autokonzerne Daimler und VW planen offenbar Abspaltungen und Verkäufe von Teilbereichen

Allianzen schmieden

Saudischer König zu Besuch in Moskau. Gespräch über Wirtschaftsfragen und Lage in Syrien

Bilanz ziehen

Pragmatiker der Macht. Zum 65. Geburtstag des russischen Präsidenten Wladimir Putin

Oslo blamiert Atommächte

Friedensnobelpreis 2017 geht an Kampagne für Verbot von Nuklearwaffen. ICAN und IPPNW prangern Bundesregierung und NATO an. **Von André Scheer und Anselm Lenz**



Eine Zukunft ohne Atomwaffen? Friedensnobelpreisträger von ICAN kämpfen für ein neues Zeitalter »ohne nukleares Säbelrasseln«

Der Friedensnobelpreis 2017 geht an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Mit der Bekanntgabe dieser Entscheidung hat das Komitee am Freitag in Oslo in diesem Jahr mal eine seriöse Kandidatin gekürt. Nicht unwichtig für die Arbeit der Aktivisten: Der Preis ist mit acht Millionen Schwedischen Kronen (rund 840.000 Euro) dotiert und bringt in einer Phase angeheizter Konflikte den Kriegesgegnern zusätzliche Ressourcen.

»Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie dem Verbotsvertrag von Atomwaffen beiträgt«, formulierte ICAN-Vertreter Sascha Hach am Freitag in Berlin bei einer eilig einberufenen Pressekonferenz das wichtigste aktuelle Anliegen seiner Organisation. Er nutzte die Gelegenheit auch, um auf die Rede von US-Präsident und Multimilliardär Donald Trump hinzuweisen, der vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen

am 19. September mit der Androhung von Atomschlägen gegen Nordkorea und möglicherweise auch den Iran weltweit für Entsetzen gesorgt hatte. Am Donnerstagabend (Ortszeit) hatte Trump nach einem Meeting mit seinem Generalstab vor heimischen Journalisten neuerlich von einem »kommenden Sturm« gesprochen und mit dem »weltbesten Militär« geprahlt.

Zum Konflikt der USA mit Nordkorea und dessen Staatschef Kim Jong Un ergänzte ICAN-Vorstandschefin Xanthe Hall, dass man gar nicht wisse, »wie viele Atomwaffen er überhaupt hat, im Vergleich zu den USA«. Sie stelle den psychologischen Zustand beider Regenten in Frage. Zudem sei der Versuch haltlos, »in gute und schlechte Atomwaffenstaaten« zu unterscheiden.

»Es ist eine Rebellion der Schwachen gegen die Starken«, führte Hach zur Arbeit der Atomwaffengegner weiter aus. Die Bundesrepublik

Deutschland habe sich dabei zuletzt von einem »Motor für militärische Zurückhaltung« zu einem weiteren »Akteur« entwickelt. Die BRD sei erwiesenermaßen »nicht nur passiver Teil der nuklearen Teilhabe«, sondern aktiv am Boykott internationaler Verträge zur Eindämmung und Abschaffung der nuklearen Bewaffnung beteiligt, kritisierte der ICAN-Aktivist.

Im Juli hatten in den Vereinten Nationen 122 Staaten einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen angenommen. Er verbietet nicht nur den Einsatz von Atomwaffen, sondern auch die Androhung. Darüber hinaus werden Entwicklung, Herstellung, Erwerb, Besitz, Lagerung und Erprobung sowie der Transfer und die Stationierung dieser Waffen untersagt. Nach Inkrafttreten des Vertrages sind nach Ansicht der Friedensaktivisten unter anderem die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten US-Atomwaffen nicht mehr mit dem Völkerrecht vereinbar. Die

Bundesregierung hat sich bislang jedoch auf die Seite der Atommächte gestellt und lehnt das Abkommen ab. Die diesjährige Entscheidung des Nobelpreiskomitees dürfte den Druck auf Berlin erhöhen, diese Haltung zu überdenken.

Der Friedensnobelpreis wird, anders als andere Nobelpreise, von einer fünfköpfigen Gruppe des norwegischen Parlaments vergeben und im Dezember offiziell verliehen. Er soll nach dem Willen des Stifters Alfred Nobel jährlich an jene Person (oder Gruppe) gehen, die »am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt« hat. Die ICAN wurde 2007 von der internationalen Friedensorganisation »Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW) gegründet, die 1985 selbst mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden war.

Mindestens 22 Tote nach Sturm in Mittelamerika



Managua. Tropensturm »Nate« hat in Mittelamerika mindestens 22 Menschen in den Tod gerissen. Der Sturm sorgte in Costa Rica, Nicaragua und Honduras für starken Regen, Überschwemmungen und Erdbeben. Die Regierung von Costa Rica rief den nationalen Notstand aus. Rund 5.000 Menschen suchten Schutz in Notunterkünften. In Nicaragua traten Flüsse über die Ufer, Straßen sowie Brücken wurden beschädigt. Das Archipel Cayos Misquitos wurde evakuiert, und die Einsatzkräfte brachten rund 800 Menschen in Sicherheit. Am Freitag oder Samstag sollte der Tropensturm den Golf von Mexiko erreichen. Das Nationale Hurrikan-Zentrum der USA (NHC) gab für die südlichen Bundesstaaten Louisiana, Mississippi und Alabama Sturmwarnungen heraus. Mehrere Öl- und Gasbohrinseln im Golf von Mexiko wurden evakuiert. (dpa/APP/JW)

■ Siehe Seite 3

Air Berlin: Kein Geld für Sozialplan

Berlin. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) hat sich mit der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin auf einen Rahmentarifsozialplan geeinigt. Dies teilte Verdi am Freitag mit. »Der Tarifvertrag ist nur ein erster Schritt hin zu einem Rettungsprogramm und die rechtliche Grundlage, um Gelder zu akquirieren und eine Transfersgesellschaft aufzubauen«, sagte das für den Flugverkehr zuständige Verdi-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle. Sie kritisierte zugleich, dass Air Berlin nicht dazu bereit gewesen sei, die Frage der Finanzierung der Transfersgesellschaft mit in die Verkaufsverhandlungen für die Airline einzubeziehen. Das absurde sei nun, dass eine Transfersgesellschaft möglich sei, das Geld dafür aber aufgrund der Blockadehaltung der Käufer fehle. Auf letztere wolle Verdi nun zusammen mit der Politik Druck ausüben. (JW)

Massaker in Tumaco

Mindestens acht Bauern im Westen Kolumbiens ermordet. Opfer machen Polizei verantwortlich

In Tumaco, einer Gemeinde im Westen Kolumbiens, sind am Donnerstag (Ortszeit) nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mindestens acht Bauern von Angehörigen der Nationalpolizei erschossen worden. Wie die alternative Nachrichtenagentur Anacol unter Berufung auf lokale Organisationen berichtete, ereignete sich das Massaker, als Polizisten gegen eine friedliche Demonstration von Kokabauern vorgingen. Diese hatten die Umsetzung des im vergangenen Jahr zwischen der damaligen FARC-Guerilla

und Regierung von Staatschef Juan Manuel Santos geschlossenen Friedensabkommens verlangt. In dem Vertrag, für den der Präsident 2016 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, ist unter anderem festgelegt, dass die Beseitigung von Anbauflächen für Koka durch Vereinbarungen mit den Bauern erreicht werden sollen. Diese sind auf Hilfe bei der Umstellung ihrer Landwirtschaft auf legale Produkte angewiesen.

Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur RPA Sur erklärte ein Teilneh-

mer der Kundgebung, die Protestaktion sei vollkommen friedlich verlaufen, bis Einheiten der Nationalpolizei und des Militärs erschienen seien und begonnen hätten, die Versammlung aufzulösen. Er machte die Polizei für die Todesopfer verantwortlich.

Die Staatsmacht weist die Schuld an der Gewalteskalation zurück. Wie das Internetportal Semana berichtete, bezichtigten Polizei und Militär ehemalige Guerilleros der FARC, die sich dem Friedensschluss widersetzen, die Einsatzkräfte und Demonstranten an-

gegriffen zu haben. Während sich die frühere Guerillaorganisation Ende September in eine legale Partei umgewandelt hatte, setzen einzelne Gruppen den bewaffneten Kampf fort. Für das Massaker in Tumaco machen die Behörden eine Abspaltung der ehemaligen »Frente Daniel Aldana« der FARC verantwortlich. Diese würden die Bauern nicht nur zur Teilnahme an den Protesten zwingen, sondern sie auch angreifen, wenn Polizei und Armee anwesend seien.

Santiago Baez

JW wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

